



An die  
Parteivorsitzenden der Ampelkoalition

Oktober 2021

## **Rentengerechtigkeit gehört in den Koalitionsvertrag**

Sehr geehrte/r Parteivorsitzende/r,

wir gratulieren Ihnen und Ihrer Partei auf das Herzlichste zu Ihrem Wahlerfolg.

Die nicht erfolgte Übernahme bestimmter Regel- oder Sondertatbestände des DDR-Rentenrechts in das gesamtdeutsche Rentenrecht wird von bestimmten Berufs- und Personengruppen als nicht hinreichende Anerkennung ihrer Lebensleistung und dauerhafte Benachteiligung erlebt.

Diese betroffenen Gruppen, die Länder im Bundesrat und mehrere Gremien haben in der Vergangenheit, bezogen auf rentenrechtliche Forderungen, wiederholt Handlungsbedarf angemeldet, sich kontinuierlich dafür ausgesprochen, das Anliegen der Betroffenen aufzugreifen und zu einer befriedigenden Lösung zu gelangen.

In unserem Fall forderte dazu noch der UN-Frauenrechtsausschuss CEDAW die Bundesregierung seit 03/2017 dringlich menschenrechtlich dazu auf, ein Entschädigungsmodell zu finden und verwies seitdem mehrfach darauf.

Die scheidende Bundesregierung hatte 2018 in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart: „Für Härtefälle in der Grundsicherung im Rentenüberleitungsprozess“ einen Ausgleich durch eine Fondslösung (Härtefallfonds) zu schaffen. Den Begriff „Härtefallfonds“ lehnten wir bereits im März 2019 ab und streben einen Gerechtigkeitsfonds an.

Im April 2021 wurde uns vom BMAS das Eckpunktepapier zur Kenntnis gegeben. Es ist gekennzeichnet durch Kriterien, die an der Lebensrealität vorbeigehen und den größten Teil der Betroffenen von der Entschädigung ausschließen. Zudem blieb die Finanzierung seitens der Länder bisher ungeklärt. Die Entschädigung und die Anerkennung unserer Lebensleistung bleiben eines der wenigen Koalitionsvorhaben, die nicht von der vorigen Regierung umgesetzt wurden.

Mit einem Bündnis aus SPD, Grünen und FDP wächst die allgemeine Hoffnung auf eine progressive Koalition, welche sich die Umsetzung des **Gerechtigkeitsfonds** zum Ziel setzen kann. Die Kriterien für den Zugang zu der Entschädigungsleistung müssen so formuliert werden, dass für erlebtes Unrecht es Gerechtigkeit für alle Betroffenen ohne Einschränkungen und noch zu Lebzeiten geben wird.

Damit würde endlich auch die Lebensleistung der Angehörigen der Berufs- und Personengruppen anerkannt und ein wichtiger, noch notwendiger Schritt zur Vollendung der sozialen Einheit vollzogen und die Untätigkeit der bisherigen Bundesregierungen beendet.

### Kontakt

☎ 03378 - 209 7829

✉ [kontakt@verein-ddr-geschiedener-frauen.de](mailto:kontakt@verein-ddr-geschiedener-frauen.de)

### Bankverbindung

Commerzbank AG Leipzig

IBAN: DE60 8604 0000 0101 4083 00

BIC: COBADEFFXXX

**Vergessen sie nicht, verankern Sie den Gerechtigkeitsfonds im neuen Koalitionsvertrag!**

Mit besten Grüßen

Der Vorstand

**PS:** Lesen Sie zu diesem Thema das Buch "Die betrogene Generation" der Autorin Johanna Weinhold